

Rede zum Haushaltsgesetz 2016/17, Übersicht 3 - Ministerium für Inneres und Sport

Landtag des Saarlandes - 15. Wahlperiode - 43. Sitzung am 01./02. Dezember 2015

Abg. Ruth Meyer (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, meine verehrten Damen und Herren!

Der Landeshaushalt 2016/2017 muss im Verantwortungsbereich des Innenressorts Antworten geben auf die wohl drängendsten Fragen dieser Tage. Es sind Antworten auf die Mammutaufgabe der Organisation, der Aufnahme und Versorgung, der Verteilung und Integration schutzbedürftiger Flüchtlinge, der Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit unserer Sicherheitsbehörden bei veränderten Aufgaben und gestiegenen Sicherheitsanforderungen sowie bei der Einhaltung des Konsolidierungspfades von Land und Kommunen trotz erheblicher Aufgabensteigerungen aufgrund der vorgenannten Herausforderungen.

Aber vorweg gehört für mich die schlichte Feststellung: Antworten werden nicht von Zahlen gegeben, Antworten werden vielmehr von den Menschen gegeben, die diese Aufgaben leisten, weil es ihr Beruf ist, weil sie im Amt sind, weil sie sich für ihre Sache engagieren und weil sie sich dieser Gesellschaft und der Mitmenschlichkeit verpflichtet fühlen. Das gilt insbesondere für diesen Haushalt und für den Einzelplan 03.

So viele Menschen haben unserem Saarland im ausklingenden Jahr ein Gesicht gegeben, auf das wir alle mächtig stolz sein können. Sie sitzen in Ministerien und Landesämtern, in Schulen und Polizeidienststellen und in kommunalen Verwaltungen und sie haben Lösungen kreiert für Regelungsbedarfe, für die es keine Gesetze, keine Verordnungen, keine Vordrucke gab. Sie gehören zu Hilfsorganisationen und Vereinen. Sie bringen viel Zeit, Ideen und Know-how ein. Sie integrieren Menschen in ihre Gruppe, in ihre Angebote, insbesondere auch durch die kreative Kraft von Musik und Sport. Oder sie sind einfach Bürgerinnen und Bürger dieses besonderen Landes und haben gesagt: Ich will helfen, ich biete etwas an - Sachspenden, Zeit, tätige Hilfe und vor allen Dingen Kontakt zu den neuen Nachbarn. Sie sind Paten geworden, organisieren Feste, vermitteln auf diesem Weg den besten Kontakt über Sprache und Kultur. Ihnen allen sage ich im Namen der CDU-Landtagsfraktion zu Beginn dieser Debatte ein ganz herzliches Dankeschön.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Was wir hier auf die Beine gestellt haben und die Art und Weise, wie wir die Dinge regeln und die Lage „im Griff“ haben - Kollege Roth hat es heute Morgen so ausgedrückt -, ist bei Weitem nicht selbstverständlich. Das merken wir überdeutlich, wenn wir sehen und hören, was andernorts in der Republik los ist: Chaos bei der Registrierung, Hallenbelegungen und Zeltstädte, tätliche Angriffe auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte. Das alles konnten wir vermeiden durch rechtzeitiges Handeln und durch kluge Konzepte, beherrscht gesteuert vom Innenministerium und vom Sozialministerium. Wir Saarländer sind es gewohnt, anzupacken und zu schaffen, und deshalb schaffen wir das auch deutlich besser als andere.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Dabei war es ein ganz wichtiges Signal, dass der Minister ohne Berührungängste und mit großer Initiative in Lebach vor Ort war. Ich weiß, dass auch viele hier im Raum mit gutem Beispiel vorangegangen sind, sich engagieren und deutlich machen, dass sie Teil der Lösung sind, ganz nach dem Motto: Alle sagten: „Das geht nicht.“ - Und dann kam einer, der das nicht gehört hatte und der hat es einfach gemacht!

Nun wird es ganz entscheidend sein, dass wir diesen anpackenden Geist und die gute Vernetzung von Haupt- und Ehrenamt aufrechterhalten. Deshalb muss dieser Haushalt genau dort die Schwerpunkte setzen, wo ordnende Kräfte fehlen, wo dringend Entlastung benötigt wird und wo wir die Handlungsfähigkeit unserer Gemeinden noch besser unterstützen können.

Den ersten Blick möchte ich deshalb auf die Beamtinnen und Beamten und die Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst richten. Sie tragen den Konsolidierungskurs entscheidend mit, denn sie sind es, die den notwendigen Stellenabbau durch Umstrukturierungen von Aufgaben und Prozessen abfangen müssen. In diesem Jahr hat sich unser öffentlicher Dienst so leistungsfähig und flexibel gezeigt, wie man sich das nur wünschen kann - sei es die Abordnung zur Landesaufnahmestelle, ein Zwei- und teilweise Dreischichtbetrieb in Lebach, aber auch die Gestaltungskraft, die die kommunalen Verwaltungen vor Ort aufbringen mussten.

Ich freue mich deshalb sehr, dass es gelungen ist, Signale der Anerkennung zu setzen bei der Besoldung und in der Wertschätzung herausragender Leistungen, etwa durch die erneute Aufstockung des Beförderungsbudgets und durch Sonderzulagen, die wir erreichen konnten. Für die Zusage einer Besoldungserhöhung von linear 4,4 Prozent über zwei Jahre sind Landesregierung und Gewerkschaften an ihre Schmerzgrenze gegangen, das weiß ich. Damit halten wir erstmals seit 2010 wieder Gleichschritt mit dem Tarif. Auch da danke ich allen, die das ermöglicht haben.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

In besonderer Weise gilt das, was ich über den öffentlichen Dienst gesagt habe, für unsere Polizei. Sie hat einige neue Aufgaben im Zuge der Aufnahme von Flüchtlingen zu bewältigen. Auch Polizeibeamte haben sich zum Mithelfen bei der Registrierung abordnen lassen. Aber die Polizei sichert auch die Gebäude der Aufnahmestelle, Veranstaltungen und Demonstrationen. Sie begleitet bei Abschiebungen und sichert Transporte von Flüchtlingen. Ihr obliegt außerdem die administrative Erfassung der Verfahren wegen des Verstoßes gegen das Asylrecht. In diesem Jahr waren dies an die 4.000 Verfahren.

Von daher begrüßt es die CDU-Landtagsfraktion ausdrücklich, dass 2016 und 2017 je zehn Kommissaranwärter mehr eingestellt werden. Diese werden, wie wir wissen, erst 2020 verfügbar sein. Wir brauchen aber jetzt und gleich kurzfristige Entlastung in der aktuellen Situation. Auch hier ist unser Innenministerium aktiv geworden. Letzte Woche wurde zusammen mit den Gewerkschaften ein abgestimmtes Konzept vorgelegt, ein Sicherheitspaket im Umfang von zweimal 2,5 Millionen Euro. Das ist eine enorme Summe für diesen Haushalt, der in allen anderen Bereichen die globale Minderausgabe mitträgt.

Durch die befristete Beschäftigung von Tarifpersonal, durch die Einstellung

pensionierter Beamter auf 450-Euro-Basis und den neuen polizeilichen Ordnungsdienst wird die Polizeipräsenz insgesamt um circa 65 Personen erhöht und werden Vollzugsbeamte von polizeifernen Aufgaben wie etwa dem Objektschutz entlastet. Das alles geschieht befristet und bedeutet weder ein Abrücken von der zweigeteilten Laufbahn noch die Einführung einer „Polizei light“. Es geht einzig und allein darum zu schauen, wie wir das Notwendige zeitnah möglich machen.

Nicht in Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik, aber ebenso wichtig sind die personelle Verstärkung der IT-Forensik und die Aufstockung der Mittel für DNA-Analysen um 500.000 Euro in den Jahren 2016 und 2017. Delikte, die Spuren auf Rechnern und in Netzen hinterlassen, nehmen eben deutlich zu. Wir müssen unsere Kriminaldienste hier angemessen ausstatten.

Liebe Frau Huonker, unsere Polizei ist handlungsfähig! Sie hat sich gerade im Kriminalitätsdienst restrukturiert. Gerade deshalb, weil sie konzentrierter und spezialisierter organisiert ist und vorgehen kann, konnten wir der organisierten Kriminalität und Einbruchsdelikten auf die Spur kommen; viele Fälle konnten gelöst werden.

Ebenso sicherheitsrelevant ist die Verstärkung des Verfassungsschutzes um vier Kräfte. Die Ereignisse von Paris haben uns brutal vor Augen geführt, wie wichtig ein handlungsfähiger Sicherheitsapparat ist. Er konnte zwar die Anschläge in Frankreich leider nicht verhindern, aber wenn man weiß, dass alle Täter einschlägig aktenkundig waren, dann ist es das Gebot der Verantwortung gegenüber unserer Bevölkerung, dass wir alle Chancen nutzen, um solch irre Pläne im Vorfeld aufzudecken und alle verfügbaren Spuren auch grenzüberschreitend verfolgen zu können. Deshalb stärken wir den Verfassungsschutz, weil wir überzeugt sind, dass eine Demokratie nur wehrhaft ist, wenn sie ihre Verfassungsfeinde enttarnen kann. Wir bestehen wegen dieser besonderen Befugnisse auch auf einem Trennungsgebot zwischen dem Verfassungsschutz und den Aufgaben der Polizei.

Die LINKE stellt dagegen allen Ernstes wiederholt – auch heute wieder - den Antrag auf Abschaffung des Verfassungsschutzes! Das muss man sich mal vorstellen. Ich möchte sagen, dümmer und schlimmer geht es wirklich nimmer. Sie haben eben eine Märchenstunde geboten unter der Überschrift „Des Kaisers neue Kleider.“ Das war ja gruselig! Die Einzigen, die hier nackt dastehen, sitzen doch in der Opposition. Wo sind denn Ihre konstruktiven Vorschläge? Man kann sich am Ende nur schämen, dass Sie als Person im Kontrollausschuss für unser Verfassungsorgan sitzen. Das war keine Sternstunde des Parlaments!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wenn Sie auch immer wieder die NSU-Affäre als Begründung vorschieben, dann verfängt das auch nicht. Das ist ungefähr genauso sinnvoll, als würden wir die Feuerwehr abschaffen, wenn es einen Großbrand gegeben hat, den man nicht löschen konnte.

(Sprechen bei der LINKEN. - Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE): Na ja. Der Vergleich ist nun wirklich sehr grenzwertig.)

Damit sind wir beim Thema Visionen, von dem die Opposition bei der Ersten Lesung des Haushaltes vollmundig behauptet hat, diese Regierung hätte keine. Weit gefehlt, kann ich da nur sagen. Vieles, was uns hier im Saarland schon seit Langem gelingt, ist inzwischen mit dem ersten Flüchtlingsgipfel

und dem Asylpaket II inzwischen bundesweit so geregelt wie hier: Sach- statt Geldleistungen, eine Absage an pauschale Abschiebestopps im Winter, Wieder- einreisesperren bei Asylmissbrauch, Abschiebungen ohne Ankündigungen. Eigentlich müssten die Kollegen der GRÜNEN-Fraktion - sofern anwesend – jeweils zusammen aufzucken.

Das alles sind doch Maßnahmen, die Sie in der Vergangenheit vehement abgelehnt haben, die jetzt aber von den Regierungen, bei denen Sie mitregieren, ausdrücklich mitgetragen werden. Und genau das sind doch die Punkte, die uns die entscheidende Luft verschafft haben, denn zusätzlich zum innovativen Flüchtlingswohnraumprogramm waren das die Dinge, die verhindert haben, dass wir Hallen belegen mussten. Wären wir dagegen Ihren Visionen gefolgt, dann hätten wir gar keine funktionsfähige Landes- aufnahmestelle gehabt, als die Zahlen so massiv angestiegen sind, denn Sie wollten mehrfach, dass diese Aufnahmestelle geschlossen wird.

(Abg. Kessler (B 90/GRÜNE): Das stimmt nicht.)

Doch, das stimmt. Ich habe die Anträge vorliegen, ich lese sie Ihnen gerne vor. Sie waren zu diesem Zeitpunkt persönlich zwar noch nicht im Parlament. Aber es ist schön, dass Sie sich inzwischen davondistanzieren. Das zeigt, dass Sie lernfähig sind.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Die 20.000 Asylbewerber dieses Jahres hätten allesamt von Beginn an Bargeld erhalten anstatt individueller Essenspakete und Kleidung. Viel Vergnügen, kann ich da nur sagen. Sie hätten aus falsch verstandener Humanität unverantwortliche Fehlanreize gesetzt, die noch viel früher Menschen hergelockt hätten, denen wir hier kein dauerhaftes Bleiberecht hätten bieten können. Die Abwicklung all dessen hätte man mal eben den Gemeinden zugemutet.

Man stelle sich das kurz vor: Dezentrale Registrierung - das Chaos wäre vorprogrammiert gewesen. Schauen Sie in die Bundesländer, die nach Ihren Maßstäben verfahren sind. Dann wissen Sie, was uns erspart geblieben ist. Ihre Visionen in der Asylpolitik sind einfach grandios gescheitert. Seien Sie da doch einmal ehrlich und geben Sie das zu. Bei solchen Visionen hilft auch kein Arzt mehr.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Meine Damen und Herren, das Saarland hat mit seiner Art, die Dinge in die Hand zu nehmen, in der Flüchtlingsfrage bundesweit Anerkennung gewonnen. Wir hoffen nun darauf, dass auch die europäischen und internationalen Maßnahmen ihre Wirkung tun und dass mit diesen Initiativen der Bundesregierung der Zustrom an Flüchtlingen insgesamt begrenzt werden kann. Wir rechnen natürlich auch damit, dass eine deutlich Anhebung der Erstattungsmittel des Bundes für diese Aufgaben erreicht werden kann, denn eine Entlastung benötigt nicht nur der Landeshaushalt, eine Entlastung benötigen dringend auch unsere Kommunen. Sie sind strukturell wie finanziell in einer deutlich schwierigeren Situation als andernorts im Bundesgebiet. Deshalb wurde mit ihnen im Sommer das Kommunalpaket verabschiedet, das mit klaren Auflagen einerseits und finanzieller Unterstützung andererseits den Weg aus den enormen Liquiditätskrediten ebnet. Dass der kommunale Finanzausgleich um 46 Millionen auf fast 600 Millionen Euro auf ein neues Rekordhoch steigt, sollte kleinere Spielräume schaffen.

Weiterhin helfen Landes- und Bundesprogramme gezielt bei kommunalen Investitionen. Ich will nur einmal das ELER-Programm für den ländlichen Raum nennen, über das beispielsweise auch der Breitbandausbau gefördert werden kann, oder das Infrastrukturprogramm des Bundes, das mit 75 Millionen Euro helfen kann, die Haushaltsnotlage im Saarland in den Griff zu bekommen.

Zum Ehrenamt noch einige Bemerkungen. Wir setzen dort ein deutliches Signal, wie aufrichtig wir die Anerkennung dieser Kraftanstrengungen meinen, denn mit insgesamt zweimal 200.000 Euro steigern wir die Summe zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements auf insgesamt 546.000 Euro.

Am Rande sei bemerkt, dass die PIRATEN noch nicht einmal bereit waren, diese Unterstützung im Ausschuss für Haushalt und Finanzen mitzutragen, das war wohl nicht Teil ihrer Vision.

(Zuruf von den PIRATEN.)

Sie haben nur einen Teil mitgetragen, nicht den Antrag in Gänze. Hierzu gibt es Protokolle.

Zum Schluss möchte ich noch ein kleines Weihnachtsgeschenk verteilen. Ich weiß, dass parallel zu dieser Sitzung im Rathaus in Saarbrücken für die Integrierte Rettungsleitstelle die notwendige Leistungsvereinbarung zwischen dem Rettungszweckverband und der Landeshauptstadt unterschrieben wird. Ich denke, damit können wir ein Kapitel, das uns hier sehr lange beschäftigt hat, zum 01.01.2016 abschließen. Darüber können wir und unsere Bürger glücklich sein.

Ansonsten möchte ich noch einmal zusammenfassen: Dieser Einzelplan 03 setzt den Rahmen für ein zukunftsfähiges, humanitäres und sicherheitsbewusstes Saarland. Er reicht mit den Paketen KELF, Flüchtlingswohnprogramm und dem Ersatz der vollständigen Sozialausgaben im Asylverfahren den Kommunen eine helfende Hand und er trifft Vorsorge für die menschenwürdige Aufnahme und Verteilung schutzbedürftiger Personen.

Zusätzlich investiert er gezielt in die Sicherheit unseres Landes und damit gibt der Einzelplan 03 klare Antworten und Handlungsspielräume für die aktuell drängendsten Fragen. Daher bitte ich Sie um Zustimmung zu dem Einzelplan und zu den Änderungsanträgen. – Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen).